EUROPA Newsletter

Freie Demokraten
FDP Kreis Offenbach

Zum Denken und Fühlené ..

In eigener Sache möchte ich schon einmal einen Blick auf den Juli 2015 werfen. Vorbehaltlich der Verfügbarkeit der Redner und etwaiger Änderungen durch die politische Lage hofft der Arbeitskreis Europa, am 14. Juli 2015 im Kreis Offenbach eine Informationsveranstaltung zum transatlantischen Freiheitsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA durchzuführen. Geplant sind Beiträge seitens der IHK Offenbach und von Florian Rentsch, Staatsminister a.D. und Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag. Und eine mit Sicherheit lebendige Diskussion mit den Teilnehmern. Bitte merken Sie sich das Datum vor, wir halten Sie auf dem Laufenden.

Ansonsten bleibe ich fasziniert von der Vielfalt der Aktivitäten unzähliger EU-Gremien und versuche, mir nicht ständig vor Augen zuhalten, dass Beamte, Mitarbeiter und die zahllosen Projekte von den europäischen Steuerzahlern finanziert werden müssen. Gleichzeitig sorgt sich Herr Draghi weiterhin, dass wir nicht genügend Geld ausgebené Hier ein paar wenige Beispiele für die Themen, die ich Ihnen im Detail erspare:

- Die Kommission hat Deutschland vor dem EuGH verklagt, weil sie sich um die geschützten Fischarten sorgt, die bei der Genehmigung eines Kohlekraftwerks bei Hamburg nicht ausreichend berücksichtigt wurden.
- Die Kommission misst regelmäßig die Siedlungsabfälle pro Kopf in der EU (2013 481 kg) und bewertet deutsche Hochschulen.
- Die Kommission befasst sich intensiv mit EU-finanzierter Flughafeninfrastruktur und im Pflanzenschutz mit den Auswirkungen "endokriner Disruptoren" (sic).
- Die Kommission diskutiert die Gefahren elektromagnetischer Felder ebenso wie die Gefahr des Aussterbens von Bienenarten.
- Das Europäische Parlament steht all diesen und vielen anderen Themen keineswegs nach. Am schönsten finde ich die Erörterung des "Berichtsentwurfs zur Änderung der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle im Hinblick auf eine Verringerung der Verwendung von Kunststofftüten".

Kommission

Außenhandel als starker Motor für Wachstum und Beschäftigung in Europa

Die Kommission hat am 25.03.2015 einen Bericht über die Bedeutung von Handelsabkommen für die Wirtschaft in der EU veröffentlicht. Danach sind in der EU 31 Mio. Arbeitsplätze und damit mehr als 14% der Gesamtbeschäftigung von Exporten in Drittländer abhängig. Mit jeder Mrd. EUR, um die das Gesamtvolumen der Exporte zunimmt, würden EU-weit 14.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/march/tradoc_153270.pdf

EUROPA Newsletter

Freie Demokraten
FDP Kreis Offenbach

Vorbereitung auf das Auslaufen der Milchquoten

In ihrer Presseerklärung vom 26.03.2015 unterstreicht die Kommission, dass mit dem Auslaufen der Milchquote am 31.03.2015 die EU-Erzeuger über mehr Flexibilität verfügen werden, um auf die wachsende Nachfrage insbesondere auf dem Weltmarkt reagieren zu können. Die Wachstumsprognosen seien weiterhin sehr gut, insbesondere für Mehrwertprodukte wie Käse, aber auch für Zutaten, die für Nahrungsergänzungsmittel, Sportnahrung und Diätprodukte verwendet werden. Die Milchquotenregelung wurde 1984 eingeführt, in einer Zeit, in der die EU-Produktion die Nachfrage weit überstieg. Damals war die Quotenregelung eines der Instrumente, die zur Überwindung dieser strukturellen Überschüsse dienen sollten.
Die verschiedenen Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU haben zu einer stärkeren Marktorientierung des Sektors und gleichzeitig zu weiteren, stärker zielgerichteten Instrumenten geführt, mit denen die Erzeuger in benachteiligten Gebieten, etwa in Bergregionen, in denen die Produktionskosten höher sind, unterstützt werden.
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4694_de.htm

Genehmigung von Mehrjahresprogrammen im Rahmen des AMIF und des ISF

Am 25.03.2015 hat die Kommission neue nationale Mehrjahresprogramme im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) und des Fonds für die innere Sicherheit (ISF) für den Zeitraum 2014-2020 mit einem Gesamtwert von ca. 1,8 Mrd. EUR genehmigt. Mit den Mitteln aus beiden Fonds sollen Bemühungen der Mitgliedstaaten in den Bereichen Asyl, Migration und Integration sowie innere Sicherheit unterstützt werden.
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4662_de.htm

Diskussion um Investitionsschutz in TTIP (Bericht des DIHK Brüssel)

Der EU-Handelsministerrat hat am 25.3.2015 die Vorschläge von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström zu einem Investitionsschutzkapitel im Abkommen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) diskutiert.http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-15-4624_en.htm?locale=en
Die Vorschläge entsprechen weitgehend dem mit Kanada ausverhandelten CETA-Entwurf. Insbesondere bleibt die Kommissarin dabei, dass TTIP ein Investitionsschutzkapitel mit einem Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS) haben soll. Mittelfristig befürwortet Malmström allerdings ein ständiges Gericht. Ein solches Gericht solle parallel zu TTIP multilateral ausgehandelt werden. Eine Berufungsinstanz mit dauerhaft dort tätigen Richtern soll direkt in TTIP geregelt, gleichzeitig aber auch multilateral vorangebracht werden. In Bezug auf das Verhältnis von nationalem Rechtsschutz und ISDS soll in TTIP nicht nur paralleles Vorgehen, son-

EUROPA Newsletter

Freie Demokraten
FDP Kreis Offenbach

dern ISDS auch nach erfolglosem Beschreiten des Rechtswegs ausgeschlossen werden. Neu ist auch der Vorschlag, dass die Regelungshoheit der Mitgliedstaaten in einem eigenen Artikel garantiert werden soll. Außerdem soll klargestellt werden, dass Investitionsschutz Investoren nicht die Garantie biete, dass es keine späteren Rechtsänderungen gebe.

Auswahl und Redaktion:

Dagmar Weiner
Europabeauftragte der FDP Kreis Offenbach

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

Ausgabe 7/2015, 4. März 2015